

## Protokoll

### Stadtrat von Thun

**Sitzung 11 vom 14. November 2019, 17:15 Uhr, Rathaus Thun**

---

#### Anwesend

**Stadtrat**                      Vorsitz: Stadtratspräsident Reto Schertenleib  
Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Katharina Ali-Oesch, Martin Allemann (ab  
17.45 Uhr), Marc Barben, Jonas Baumann-Fuchs, Adrian Christen, Philipp De-  
riaz, Susanna Ernst-Reusser, Roman Gugger, Susanne Gygax, Thomas Hilt-  
pold (bis 18.45 Uhr), Daniela Huber Notter, Alwin Hostettler, Manon Jaccard,  
Reto Kestenholz, Alain Kleiner, Barbara Klossner-Beer, Darshikka Krishnana-  
ntham, Alice Kropf, Andreas Kübli, Serge Lanz, Manfred Locher, Michelle Mar-  
bach, Thomas Rosenberg, Reto Schertenleib, Verena Schneiter, Franz Schori,  
Alois Studerus, Reto Vannini, Markus van Wijk, Cloe Weber, Daniela Weber,  
Simon Werren, Sarah Zaugg

**Gemeinderat**                Gemeinderätin Andrea de Meuron, Gemeinderäte Roman Gimmel (ab  
17.35 Uhr, Konrad Hädener und Peter Siegenthaler

**Ferner**                      Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller

**Sekretariat**                Stadtratssekretär Christoph Stalder  
Protokollantin Tanja Aebersold

**Entschuldigt**              Nicole Krenger, Margrith Schwander, Eveline Salzmann, Valentin Borter, Carlo  
Schlatter, Stadtpräsident Raphael Lanz

**Schluss der Sitzung**      19:15 Uhr

---

**Der Stadtratspräsident** eröffnet die Sitzung und heisst alle Anwesenden willkommen. Insbesondere begrüsst er den neuen Stadtrat Alwin Hostettler und wünscht ihm einen guten Einstand. Weiter heisst er die Lernenden der Stadt Thun herzlich willkommen. Er führt aus, dass sie vor der Sitzung bereits einen spannenden Austausch gehabt haben. Auch begrüsst er die Klasse des Politikurses des Gymnasiums Thun. Auch sie haben sich mit den Traktanden auseinandergesetzt. Weiter weist er darauf hin, dass die Traktandenliste mit der Ersatzwahl in die Sachkommission FiRU ergänzt worden ist. Sie wurde jedoch nicht erneut ausgedruckt und verteilt.

**Der Rat** genehmigt die ergänzte Traktandenliste stillschweigend.

## 126. Protokoll

**Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24. Oktober 2019**

### **Stadtratsbeschluss**

Das Protokoll wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

## 127. Sachkommission Finanzen Ressourcen Umwelt FiRU

**Ersatzwahl von Alwin Hostettler (Grüne) anstelle der zurückgetretenen Seraina Graf (Grüne)**

### **Stadtratsbeschluss**

Der Stadtrat von Thun gestützt auf Art. 37 Buchstabe b Stadtverfassung, beschliesst stillschweigend:

In die Sachkommission FiRU wird als Mitglied anstelle von Seraina Graf (Fraktion Grüne/JG) per sofort gewählt: Alwin Hostettler (Fraktion Grüne/JG).

## 128. Budget 2020

### **Genehmigung**

**Der Stadtratspräsident** weist darauf hin, dass er es ausdrücklich begrüsst, wenn sich der Stadtrat bei der Budgetberatung auch gerade zum Aufgaben- und Finanzplan äussern würde, damit man diesen im Nachgang stillschweigend zur Kenntnis nehmen könnte.

Andrea de Meuron, **Vorsteherin FiRU**, führt aus, dass es nach der Kommunikation des Budgets zwei Schlagzeilen in den Medien gab. Die eine lautete „Die Steuereinnahmen sprudeln“, die andere „Die Stadt Thun häuft mehr Schulden an“. Es ist spannend, wie man das Budget wahrgenommen hat. Der Gemeinderat kann ein ausgeglichenes Budget bei einer unveränderten Steueranlage von 1.72 Einheiten vorlegen. Dass man wieder ein so ausgeglichenes Ergebnis präsentieren kann, ist sicher auch der teilweisen Entnahme aus der Spezialfinanzierung Unterhalt und Verwaltungsvermögen zu verdanken. Erfreulich ist, dass der Netto-Steuerertrag gegenüber dem Budget 2019 um 3 Mio. Franken steigt. Das sind plus 2.4 %. Auch positiv ist, dass sich der Steuerertrag in den letzten zehn Jahren kontinuierlich entwickelt hat. Genauso erfreulich ist, dass der Steuerertrag von natürlichen Personen, welcher fast 80 % vom gesamten Steuerertrag ausmacht, sich in den letzten Jahren dank dem Bevölkerungswachstum und der guten Wirtschaftslage positiv entwickelt hat. Nach wie vor ist das Budget 2020 von einem hohen Aufwand für den baulichen Unterhalt und von überdurchschnittlich hohen Investitionsausgaben von netto 31.6 Mio Franken geprägt. In den letzten zehn Jahren hatten wir zum Vergleich im Schnitt 11.2 Mio Franken, also wesentlich weniger. Wir schieben somit unseren Sanierungsbedarf nicht mehr weiter vor uns her und wir tragen nun diesen Berg ab. Vor allem wegen diesen hohen Bauausgaben wird die Überschuldung voraussichtlich überdurchschnittlich ansteigen. Wichtig ist, dass der Gemeinderat diesen Schuldenzuwachs bewusst plant und dass dies nicht auf reinen Konsum zurückzuführen ist. Diesen Schulden steht ein Gegenwert gegenüber in Form von Neubauten und sanierten Liegenschaften und dies ist wesentlich. Deshalb ist der Schuldenanstieg aus Sicht des Gemeinderats klar vertretbar. Die Stadt Thun hat in den letz-



ten zehn Jahren mittel- und langfristige Schulden von 200 Mio. Franken auf 81 Mio. Franken reduziert. Die Stadt Thun weist im Vergleich zu den Städten Bern, Biel und Köniz als einzige Stadt anstelle einer Nettoschuld ein Nettovermögen aus. Es hat einen Stellenzuwachs gegeben, wie man ihn sonst nicht kennt. Es war eine anspruchsvolle Aufgabe, dem Stadtrat das Budget so zu präsentieren. 20 zusätzliche Stellen sind in diesem Budget enthalten. Diese 20 Stellen sind das Ergebnis einer sehr vertieften Auseinandersetzung. Die Stellen ergeben sich insbesondere, weil sie früheren Beschlüssen folgen. Beschlüsse, die der Stadtrat und die Stimmbevölkerung getroffen haben. Dies beinhaltet das Krematorium, die Rasenspielfelder, die Sanierung des Strandbades und neue Legislaturziele. Wir übernehmen überkommunale Aufgaben mit entsprechenden Drittfinanzierungen. Wir haben ein Projekt Ortsplanungsrevision. Dies sind gewaltige Aufgaben. Wir haben genau hingeschaut. Der Gemeinderat hat sich die Aufgabe nicht einfach gemacht und wir haben in drei Sitzungen genau betrachtet, welche Stellen nötig sind. Uns ist bewusst, dass der Personalaufwand der Stadt Thun mit 66.5 Mio. Franken 20.9 % des Gesamtaufwandes entspricht. Im Vergleich zu anderen Städten stehen wir betreffend das Verhältnis zwischen Personalaufwand und Steuerertrag gut da. Wir werden die Entwicklung dennoch kritisch beobachten. Wir werden der strategischen Personalplanung Beachtung schenken müssen. Es wird aber auch eine Herausforderung sein, neue Aufgabe, die wir zu bewältigen haben, mit dem vorhandenen Personal zu bewältigen. Wir wollen dem Personal Sorge tragen, aber auch schauen, worauf verzichtet werden kann. Wir hoffen, dass neue Technologien helfen werden, Aufgaben effizienter zu lösen.

Daniela Huber Notter, **Präsidentin BRK**, führt aus, dass der Stadtrat heute über das Budget 2020 der Stadt Thun über 318.9 Mio Franken befinden darf. Der vorliegende Haushaltsplan ist nach den geläufigen Regeln gemacht worden. Vorsichtig und defensiv in den Erträgen und Einnahmen und etwas grosszügiger im budgetierten Aufwand. In einem neuen Kleid präsentieren sich die Unterlagen für das Budget 2020 und für den Aufgaben- und Finanzplan 2020 – 2023. Gegenüber dem Budget 2019 ist es Tatsache, dass nach den Wahlen vom November 2018 der zusammengesetzte Gemeinderat andere, erweiterte Direktionszuteilungen gemacht hat. Insbesondere betrifft dies die Direktion Finanzen, Ressourcen und Umwelt und die Direktion Präsidiales und Stadtentwicklung. Dies ist nebst der Verwaltung auch eine Herausforderung für die Sachkommissionen und für die Budget- und Rechnungskommission für das Budget 2020 gewesen. Die Mitglieder der BRK haben Befragungen bei den jeweiligen SAKO-Vertreterinnen und -Vertreter, beim Gemeinderat, beim Finanzinspektorat und bei der Finanzverwaltung durchgeführt und diese sind ausführlich dokumentiert worden. Da die Direktionszusammensetzung geändert hat, definierte der Gemeinderat in einem umfangreichen Prozess die Legislaturziele bis ins Jahr 2022. Mit 11 Zielen setzt der Gemeinderat Prioritäten und diese werden in 40 Massnahmen verbunden. Diese ambitionierten Massnahmen stehen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit sowie von der finanziellen Tragbarkeit. Der Plan Leistungsausbau ist nur mit den nötigen personellen Ressourcen zu bewältigen. Die Ist-Werte, ausser der Selbstfinanzierungsgrad, liegen alle in der Bandbreite dieser Zielwerte. Die kantonale Gesetzgebung für einen ausgeglichenen, mittelfristig gestalteten Finanzhaushalt soll auf einem Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 80 % und einem Bruttoverschuldungsanteil von unter 100 % basieren. Ergänzend zu den bisherigen Finanzkennzahlen und Zielen sind im Sinne von dieser Feinjustierung zwei absolute Zielwerte neu in dieses Kennzahlensystem aufgenommen worden. Das erste ist der Selbstfinanzierungsgrad mit einem Zielwert von 15 Mio. Franken. Die zweite absolute Kennzahl ist die Nettoinvestition mit einem Zielwert von 20 Mio. Franken. Die beiden absoluten Ziele machen Sinn, sind zu begrüßen und werden im Rat sicher zu wenig Diskussion führen. Augenfällig ist, dass die in den vergangenen Jahren vom Rat immer wieder genannte Bugwelle an Investitionsstau, den die Stadt Thun vor sich hinschiebt, jetzt abgebaut werden soll. Das kostet. Aus Aufgaben von der Stadt Thun, welche zum Teil auch vom Stadtrat beschlossen worden sind, werden Ressourcen gebunden und das sieht man. Der Personalaufwand ist um 3.9 Mio. Franken gestiegen. Nicht zu unterschätzen in dieser Budgetposition Personalaufwand ist die Rolle des Kantons Bern. Aufgaben der Gemeinden können an den Kanton zurückfallen, jedoch können andere Aufgaben des Kantons auch wieder an die Gemeinde fallen. Diskutiert worden ist bei der BRK, dass nicht auf einen Blick ersichtlich ist, wo die neuen befristeten Stellen entstanden sind und wann und wo befristete Stellen wieder wegfallen. Die Mitglieder der BRK sind detailliert informiert worden, wie viele Stellenprozente jeweils aufgrund von früheren Beschlüssen, spezialfinanziert, drittfianziert, befristet oder allgemeinem Leistungsausbau entstanden sind. Wir Stadträtinnen und Stadträte sind auch gefordert, uns an die Ausgabendisziplin zu halten wie auch die Verwaltung. Es sind zirka 420 neu budgetierte Stellenprozente, die auf ehemalige Stadtratsbeschlüsse fallen. Ein Budget ist eine Leitplanke, in der sich die Gemeinde bewegen muss. Das Budget ist von ausgewiesenen Profis erstellt worden, die sich tagtäglich mit Zahlen und dieser Materie befassen. Sie bedankt sich bei den mitwirkenden



Personen. Die BRK stellt keine Anträge zum Budget 2020 und plädiert zusammen mit sämtlichen Sachkommissionen einstimmig für die Zustimmung zum Budget und für die Kenntnisnahme des Aufgaben- und Finanzplans 2020 – 2023.

Verena Schneider, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, bedankt sich bei allen, die beim Budget 2020 mitgearbeitet haben. Vieles muss jedes Jahr neu überarbeitet und wieder den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Dieses Jahr haben sich durch die neuen Direktionszuteilungen und die Schaffung der Fachstelle Umwelt, Energie und Mobilität sicherlich zusätzliche Herausforderungen ergeben. Für sie stellt das Ineinanderpassen des Budgets und des Aufgaben- und Finanzplans eine ausserordentliche Leistung dar. In der BRK, in den Unterlagen und der Fraktion hat sich schnell herausgestellt, dass das Planjahr 2020 ein ausserordentliches Jahr ist. Es stehen hohe Investitionskosten und ein umfangreicher baulicher Unterhalt an. Zudem wirken sich die bereits bewilligten Sanierungen, Neubauten und Erweiterungen mit zusätzlichen Stellenschaffungen aus. Wir haben es gewusst, nun hat es uns aber trotzdem geschockt. Für das Jahr 2020 sind 3.9 Mio. Franken mehr Personalkosten budgetiert worden. Darin enthalten sind 2000 Stellenprozent mehr. Dies bedeutet eine Steigerung der Personalkosten um 6.2 %. Die in der BRK nachgeordnete detaillierte Zusammenstellung der Personalkostensteigerung hat uns geholfen, ein gewisses Verständnis aufzubringen für die hohen Forderungen für die Stellenschaffungen. Bei uns in der Fraktion haben einzig die 60 % für Marketing und Schadaugärtnerei zur Diskussion Anlass gegeben. Der Sprung in den Personalkosten muss einmalig sein. Zudem ist in unserer Fraktion positiv darauf hingewiesen worden, dass neu der Zielwert für Nettoinvestitionen von 20 Mio. Franken und die Selbstfinanzierung der Erfolgsrechnung von 15 Mio. Franken angestrebt wird. Für das Jahr 2020 steht aber der hohe Finanzierungsfehlbetrag von 31 Mio. Franken im Budget. Aber im Rückblick auf die letzten zehn Jahre, in denen verantwortungsvoll mit den Finanzen umgegangen wurde und dies eine deutliche Reduktion der Stadtschulden zur Folge hatte, steht die Fraktion EVP+EDU+CVP trotzdem zum Budget 2020. Sie wird es einstimmig genehmigen.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne/JG**, führt aus, dass bereits rein die äussere Form des Budgets gefälliger und sympathischer daherkommt. Inhaltlich präsentiert sich dies wie die früheren Budgets. Man setzt auf die bisherige Finanzpolitik. Dies zeigt positiv Kontinuität und Transparenz. Auch dieses Budget schliesst ausgeglichen. Die bisherigen Finanzkennzahlen sind justiert worden und es wurden Ergänzungen gemacht. Es wird neu mit den Finanz- und Sachplanwerten gearbeitet, die zu einem höheren Realisierungsgrad bei den geplanten Projekten beitragen sollen, sodass die Bugwelle, die wir Jahr für Jahr vor uns hergeschoben haben, reduziert werden kann. Der Elchtest von diesem neuen System steht noch aus. Er ist gespannt, ob im Endeffekt diese Bugwelle hinunterkommt – man ist grundsätzlich optimistisch. Der Gemeinderat skizziert auch die Leitlinien seiner Finanzpolitik. Dies ist insbesondere ein genügender Selbstfinanzierungsgrad, der ganz zentral ist. Auf der anderen Seite spricht der Gemeinderat davon, den Steuerfuss anpassen zu wollen auf den Durchschnittswert der umgebenden Gemeinden und letztlich auch innerhalb vom Kanton. Ob und wann diese finanzpolitischen Ziele, die sich teilweise widersprechen, realisiert werden können, liest man im Budget nicht und auch dem Finanzplan kann man dies nicht entnehmen. Der Grund ist klar und es sind teilweise wirklich sich widersprechende Ziele. Wir haben eine Stadt, die bis ins Jahr 2035 wachsen will - 5'000 zusätzliche Einwohner und 3'500 zusätzliche Arbeitsplätze im Raum Thun sind geplant. Dies ruft nach grossen Investitionen und hohen Unterhaltskosten. Auch Personalkosten werden hinzukommen. All dies schadet dem Selbstfinanzierungsgrad, weil wir diese Mittel nicht haben. Zur Folge hat dies eine höhere Verschuldung und es müssen Entnahmen aus Spezialfinanzierungen gemacht werden. Realistischerweise muss man sagen, dass Einsparungen, von welchen der Gemeinderat im Text auch spricht, in den nächsten 15 Jahren bei diesem ehrgeizigen Wachstum nicht gross gemacht werden können. Auch die Senkung des Steuersatzes rückt deshalb in fernere Zukunft. Das Jahr 2020 ist für dies beispielhaft. Wir haben Baukosten und Investitionen von 60 Mio. Franken. Wir können dies nicht stemmen und es gibt eine neue Verschuldung von fast 32 Mio. Franken. Dies zeigt das Dilemma der Stadt Thun auf. Wir wollen wachsen, aber haben nicht wirklich die Mittel hierzu. In der Vergangenheit konnten wir die Schulden reduzieren, jetzt bauen wir sie wieder auf. Hier kann man nicht ernsthaft von einer Steuersenkung sprechen. Was uns im Budget aufgefallen ist und was für Sorgen Anlass gibt, sind die Personalkosten, die massiv gestiegen sind. 4 Mio. Franken mehr als im letzten Budget und 20 neue Stellen, die geschaffen worden sind für rund 2.5 Mio. Franken. Der budgetierte Wert von 66.5 Mio. Franken ist ein Rekordwert. Da stehen Leistungen dahinter, die er nicht in Abrede stellen will. Aber die Entwicklung im Personal mit der Schaffung von 20 Stellen in einem Jahr ist einmalig, das ist historisch. Und dies hat eine Vielzahl von uns etwas auf dem linken Bein erwischt. Die Stellen-



schaffungen sind grösstenteils nachvollziehbar. Es sind Beschlüsse, die wir früher gefasst haben, Stellen die gegenfinanziert sind, es gibt die Ortsplanungsrevision, die für eine befristete Zeit Stellen nötig macht. Trotzdem ist es eine Tatsache, dass fünf Direktionen in diesen Honigtopf reingreifen und dort neue Stellen schaffen, bei denen man nicht weiss, wie lange diese bleiben. Es haben sich nicht alle Direktionen gleichermassen bedient. Der Bedarf war sicher auch nicht überall gleich gross. Spitzenreiter ist die Stadtplanung, Präsidiales und die Bau- und Liegenschaftsdirektion. Aber man muss sich schon fragen, auch für die Zukunft, wie die Entwicklung weitergehen soll. Die Stadt ist noch nicht um 5'000 Einwohner und um 3'500 Arbeitsplätze gewachsen. Wir stehen am Anfang der Entwicklung. Was heisst dies für das Personal? Das Personal ist mit diesen 66 Mio. Franken einer der grössten Kostenfaktoren in unserem Budget. Es macht 21 % aus. Wir müssen in Zukunft genauer hinschauen. Wir sind persönlich nicht ganz zufrieden mit der Darstellung der Personalaufwendungen. Es fehlt eine Gesamtschau, die gerade im Finanz- und Aufgabenplan ihren Platz haben könnte. Es ist interessant in diesem Finanz- und Aufgabenplan, die Bauvorhaben, Investitionen, die Abwasseranlagen, die Spezialfinanzierungen zu sehen. Fast zurück bis zum Rütli schaut man die Kostenentwicklung an und schaue auch in die Zukunft. Beim Personal fehlt dies oder er hat jedenfalls nichts gefunden. Es gibt keine Gesamtsicht mit Angaben, wann die befristeten Stellen wieder wegfallen oder wie sich das auf das Budget auswirkt. Es müssen geeignete Instrumente dafür gefunden werden. Das, was wir hinterfragen, sind die Verwaltungsgebäude. Es werden 2'000 neue Stellenprozent geschaffen und dies umfasst auch Teilzeitstellen. Letztlich sind dies etwa 30 bis 35 Arbeitsstellen. Das braucht Platz. Es stellt sich somit auch die Frage der Entwicklung des Raumes. Auch mit Blick auf das Ziel 2035 mit 3'500 neuen Arbeitsplätzen. Wo sollen die Arbeitsplätze geschaffen werden und mit welchem Wachstum wird gerechnet und wie wollen wir dies steuern? Aktuell fehlen ihm die Instrumente. Er möchte den Gemeinderat ermuntern, in diesem Bereich smarte Planungsinstrumente zu finden, wenn wir schon als „Smart City“ unterwegs sein wollen. Wenn man betrachtet, wo die 20 Stellen geschaffen wurden, muss man mit Bedauern feststellen, dass im Jahr nach dem Klimajahr im Bereich Umweltschutz nicht eine ganze Stelle neu geschaffen wurde, es sind etwa nur 0.4 neue Stellen in diesem Bereich. Wir haben das Gefühl, dass man einen stärkeren Akzent hätte setzen können. Es kann sein, dass man bei späterer Gelegenheit darauf zurückkommen muss. Wir stimmen dem vorliegenden Budget zu mit den erwähnten Anregungen und nehmen auch den Finanz- und Aufgabenplan zur Kenntnis. Wir danken allen, die mitgewirkt haben.

Serge Lanz, **SVP-Fraktion**, führt aus, dass das Budget ausgeglichen gestaltet ist. Die Fraktion bedankt sich bei den Erstellern. Die Unterlagen sind sehr schön gestaltet. Der Inhalt ist gut verständlich. Die finanzpolitischen Ziele, an die sich der Gemeinderat schon seit längerer Zeit hält, die Stärkung des Selbstfinanzierungsgrad, die Senkung der Schulden und die Anpassung an die Steuerveranlagung wird von der Fraktion zu 100 % unterstützt. Es ist wichtig, dass man diese Guidelines hat. Ebenfalls haben wir festgestellt, dass der Gemeinderat von Einsparungen und Schuldenabbau spricht. In Zukunft interessiert uns die Schuldentilgung. Jeden Franken, den wir nicht haben, müssen wir aufnehmen und es geht auch irgendwann darum, diesen zurückzuzahlen und abzubauen. Wenn wir die Unterlagen anschauen, haben wir effektiv wenig bis fast nichts gefunden, wann und wie der Gemeinderat diese Ziele erreichen will. Es mag ketzerisch den Anschein erwecken, was auch verständlich ist, dass nicht gerade eine Ratlosigkeit herrscht, aber dass es schwierig ist, im Gefüge dieser finanziellen Komponenten. Es würde begrüsst werden, wenn der Gemeinderat in den nächsten Budgets konkret substanzielle Vorschläge unterbreiten würde. Es kann auch in den Sachkommissionen erfolgen oder auch im nächsten Budget oder Aufgaben- und Finanzplan. Etwas, das uns nicht gefallen hat, ist der Vergleich zu anderen Städten. Wir stehen nicht so schlecht da. Wir haben aber nach wie vor die Komponenten mit der Selbstfinanzierung, der steigenden Verschuldung und dem Steuerfuss, der nicht nach unten geht. Aber weniger schlecht zu sein, als die, denen es noch schlechter geht, ist ein schwacher Trost. Wir richten uns besser auf die Dinge, die wir hier in Thun haben, auf die Umgebung, mit der wir arbeiten müssen. Wir planen ein ausgeglichenes Budget und eine ausgeglichene Zukunft. Aber wir haben Muss-Investitionen, die wir nicht aus eigener Kraft tragen können. Die Entwicklung der Selbstfinanzierung steht immer im Fokus. Man sieht, dass das der Gemeinderat und die Finanzverwaltung ebenfalls macht. Wir können es trotzdem stemmen und wir können den finanziellen Haushalt der Stadt Thun ausgeglichen halten. Die Verschuldung wird aber steigen. Wir haben eine schöne Darstellung, wie dies in den letzten zehn Jahren ausgesehen hat. Dies ist eine gute Übersicht, so sieht man auch, dass die Verschuldung Schwankungen ausgesetzt ist. Es ist eine wertvolle Information im Rahmen der Berichterstattung. Was uns ein bisschen schockiert hat, und da sind wir nicht die einzigen, sind die 2'000 Stellenprozent. Es wäre auch hier interessant zu erfahren, wie sich die Nettoveränderungen der Stellenprozent über die letzten zehn Jahre ergeben haben. Es wird immer wieder



ausgeführt, dass die Stellen befristet seien. Wie sieht es mit der Befristung aus? Es wäre wichtig für den Stadtrat zu erfahren, wie sich dies in den letzten zehn Jahren entwickelt hat und wie sich dies in Zukunft gestalten wird. Wir in der Fraktion tun uns schwer damit zu sagen, dass ein solcher Personalausbau notwendig und unumgänglich ist. Es gibt Abteilungen in der Thuner Verwaltung, die es geschafft haben, sogar Nettostellen abzubauen. Der Gemeinderat erklärt den Kostenanstieg auch mit der starken Bekennung zum Service Public. Der Service Public, als politisch definierte Grundversorgung mit Gütern und Dienstleistungen im Infrastrukturbereich, der für alle Bevölkerungsschichten und Regionen vom Land nach gleichen Grundsätzen und gleicher Qualität zu angemessenen Preisen zur Verfügung gestellt wird. Die Bundesebene umfasst zentrale Leistungen wie Post, Telekommunikation, Medien und andere Komponenten. Auf Kantons- und Gemeindeebene fallen andere Aufgaben an. Ein solcher Auftrag zur Erweiterung des Service Public haben zumindest wir nicht gegeben. Auch einem Ausbau des Stadtapparats in Thun mit 2'000 Stellenprozent nicht. Klar haben wir Entscheide getroffen, die dazu geführt haben. Es ist aber immer zur Vorsicht gemahnt worden. Einen Nutzen von einem solchen Stellen- und Aufgabenwachstum ist zum Grossteil der steuerzahlenden Bevölkerung kaum ersichtlich. Es besteht das Risiko, dass Einzelne dies mit Partikularinteressen verbinden würden. Bezahlen muss es der Steuerzahler selber. In Zukunft ist auch mit den Sachkommissionen der Begriff des Service Public zu thematisieren. Betreffend Aufgaben- und Finanzplan ist anzumerken, dass der Gemeinderat viel gut macht. Das Ergebnis ist nicht spektakulär, aber es muss doch jedes Jahr gerühmt werden. Der Gemeinderat führt mit starken Budgetvorgaben und Kürzungen und wenn es ihm jetzt noch gelingt, das Wachstum der Stellen zu kontrollieren, sind wir dort zufrieden. Aber wir können auch mitwirken. Wir wissen, dass in Zukunft grössere Investitionsvorhaben nur möglich sind, wenn wir auf etwas verzichten oder wenn wir uns kürzer fassen. Der Spielraum ist sehr eng. Wir haben die Geschäfte zu erfüllen, die uns politisch vorgegeben sind. Jede neue Ausgabe ist in Konkurrenz zu übergeordneten Vorgaben von Bund und Kanton oder eben auch dem Vollzug der Beschlüsse der Stimmberechtigten, vom Stadtrat aber auch vom Gemeinderat. Was sehr wichtig ist und nicht vernachlässigt werden darf, ist die Werterhaltung der städtischen Liegenschaften, was in der Vergangenheit teilweise vernachlässigt worden ist und wir nun bezahlen mit dem hohen baulichen Aufwand. Der Spielraum ist sehr klein. Die SVP-Fraktion nimmt aufgrund der Situation und aufgrund des Zeitpunktes das vorliegende Budget mit einem mulmigen Gefühl einstimmig an und nimmt Kenntnis vom Aufgaben- und Finanzplan.

Andreas Kübli, **glp/BDP-Fraktion**, führt aus, dass den Mitwirkenden für die Erstellung des Budgets gedankt wird. Das Budget wird immer von Jahr zu Jahr übersichtlicher und leserlicher. Die Zahlen konnten grösstenteils gut nachvollzogen werden. Zum Thema Selbstfinanzierung ist bereits genug gesagt worden. Dass wir ein so ausgeglichenes Budget haben, ist auch der vorsichtigen Arbeit der Finanzverwaltung zu verdanken, die bestimmt an einen oder anderen Ort auch Sicherungen eingebaut hat. Wenn wir die Rechnung abnehmen werden, wird wohl eher auch eine schwarze als eine rote Null hervorkommen. Andererseits hoffen wir, dass die neu eingeführte Kategorisierung der Investitionen im Budget rund 50 - 55 % des Gesamtinvestitionsbudgets beträgt und wir hoffen, dass davon nicht nur 50 % realisiert werden. Wir wissen, dass wir nach wie vor einen Investitionsstau vor uns herschieben. Dieser wird hoffentlich danach nicht mehr so gross sein, wie der Aufgaben- und Finanzplan zeigt. Die 20 neuen Stellen sind im Nachhinein nachvollziehbar. Die Sachkommissionen sind für die Einschätzung der Notwendigkeit dieser Stellen zuständig. Fachlich muss eingeschätzt werden, ob dies nötig ist oder nicht. Trotzdem hoffen wir, dass diese Aufstockung nicht jedes Jahr wieder durchgeführt werden muss. Eine Art Geldflussrechnung ist zu erstellen. So würde man sehen, wie sich diese Stellen über die Jahre entwickeln werden und wann wir wieder aufatmen können. Auch Arbeitsrechtliches muss beachtet werden, insbesondere bei Teilzeitstellen. Zu denken ist insbesondere an Kettenverträge, die arbeitsrechtlich nicht zulässig sind. Neben dem leicht gesteigerten Lastenausgleich macht uns Kopfzerbrechen, dass wir als drittgrösste Stadt auf Almosen anderer Gemeinden angewiesen sind. Die 2.1 Mio. Franken, die wir jetzt im Disparitätsausgleich haben, zeigen, dass wir im Kanton unterstützungsbedürftig sind. Nicht nur deshalb müssen wir darauf achten, die Steuerkraft besser einzusetzen, respektive steigern zu können. Das Ziel muss sein, dass wir mindestens auf den kantonalen Schnitt kommen. Eine Steuersenkung ist aktuell kein Thema. Es ist ein Budget und bis daraus die Rechnung wird, wird sich einiges noch verändern. Aus all diesen genannten Gründen danken wir für die ganze Arbeit und die glp/BDP-Fraktion nimmt das Budget an und den Aufgaben- und Finanzplan zur Kenntnis.

**Susanna Ernst-Reusser (FDP)** dankt im Namen der FDP dem Gemeinderat und der Finanzverwaltung für die Arbeit. Die finanzielle Situation der Stadt ist und bleibt stabil. Trotz Finanzierungslücke und damit



verbundener höherer Verschuldung rechnet man für die Jahre 2020 bis 2023 mit einem ausgeglichenen Ergebnis in der Erfolgsrechnung. Der Vergleich mit anderen Städten zeigt, dass Thun einen unterdurchschnittlichen Schuldenbestand ausweist. Das Budget und der Finanzplan sind insgesamt positiv und die Neuverschuldung auf 55 Mio. Franken bis 2021 ist vertretbar. Es kommen auf die Stadt massiv höhere Investitionen zu. Wir nehmen dies zur Kenntnis und wissen, wo es wirklich in welcher Art nötig ist. Der einzige Wermutstropfen ist und bleibt die Steueranlage von 1.72. Aber aufgrund der immer steigenden Forderungen auch im Zusammenhang mit dem Klimanotstand und dem Stadtrat, drückt leider – auch aus anderen Gründen – die Steuersenkung in weite Ferne. Wenn man die Steuern senken könnte, würde dies vielleicht der Wirtschaft und auch dem Bürger etwas bringen. Man könnte vielleicht finanzkräftige Geschäfte und Bürger nach Thun ziehen. Die Mehrauslagen, die teilweise auf uns zukommen, gerade im Bereich Klima, müssen von Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Thun getragen werden. Aber nicht jeder kommt in Genuss einer Umlagerung. Es gilt zu hoffen, dass nicht alle Investitionen in Wohnbauten und Verwaltungsvermögen der Stadt auf den Mieter beziehungsweise den Steuerzahler abgewälzt werden. Über die neu geschaffenen Stellen hat die FDP gestaunt. Man muss ein Auge darauf haben. Bei einem solchen Anstieg im Hinblick auf 5'000 Einwohner mehr, fragt sich die FDP wie es dann aussehen soll. Es muss das Ziel sein, dass eine smarte City mit smarter Organisation und smarten Werkzeugen keinen so starken Stellenanstieg benötigen wird in Zukunft. Die FDP genehmigt das Budget und nimmt den Aufgaben- und Finanzplan dankend zur Kenntnis.

Katharina Ali-Oesch, **SP-Fraktion**, führt aus, dass das schöne neue Erscheinungsbild des Budgets und des Aufgaben- und Finanzplans erfreue und gute Laune macht, noch mehr der Inhalt. Die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die grosse und seriöse Arbeit. Das Budget 2020 prognostiziert ein ausgeglichenes Ergebnis. Aus den Erfahrungen der letzten Jahre wird das Ergebnis auch noch übertroffen und es wird ein Überschuss erzielt werden. Die vorsichtige und weitsichtige Finanzpolitik des Gemeinderates lässt uns zuversichtlich in die Zukunft schauen. Der Fokus auf einen guten Service Public zu legen, findet die SP erfreulich. Nur mit einem hohen Standard kann sich Thun als attraktiver Wohn-, Arbeits- und Lebensort bewähren und weiterentwickeln. Wenn sich die Menschen hier wohl fühlen, so bleiben sie in Thun. Genau gleich verhält es sich mit den Mitarbeitenden der städtischen Verwaltung. Wenn sie attraktive Arbeitsbedingungen haben, bleiben sie motiviert und sind bereit, sehr gute Leistungen zu erbringen. Dazu gehört neben dem Lohn auch die Möglichkeit zur Weiterbildung, flexible und zeitgemässe Arbeits- und Arbeitszeitmodelle, einen möglichst sicheren Arbeitsplatz und allgemein einen sorgsam Umgang mit den personellen Ressourcen. Der Gemeinderat beweist unter anderem mit den Stellenschaffungen, dass er die Menschen und ihre Arbeit wertschätzt. Weiter gehen wir davon aus, dass er sich mit den Personalverbänden austauscht und die Sozialpartnerschaft pflegt. Der Gemeinderat hat ausserordentlich viel Zeit in die Diskussion rund um die Stellenschaffungen gesteckt. Dies ist aus der Sicht der SP richtig. Wenn wir das Resultat nur in Franken anschauen, mag die eine oder der andere erschrecken. Der Gewinn wird sich aber ganz sicher im Alltag der Thunerinnen und Thuner auswirken. Die Fachstelle Umwelt, Energie und Mobilität ist und wird mit riesigen Erwartungen konfrontiert. Die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens muss auch in Thun dringlich bearbeitet werden. Ob die jetzt geplante Stellenaufstockung für diese Arbeit genügt, wird sich noch zeigen. Eine andere Herausforderung ist die Schulraumplanung. Die Anforderungen mit den Arealentwicklungen und dem erwarteten, gewünschten und geplanten Bevölkerungswachstum sind enorm. Man will modern eingerichtete Schulhäuser, welche die energietechnischen Vorgaben einhalten und gleichzeitig neue Unterrichtsformen ermöglichen. Diese zwei Beispiele sind ausreichend begründet und das Vertrauen in den Gemeinderat, der sich dies alles gut überlegt hat, stützt die SP. Die Finanzverwaltung hatte auch dieses Jahr ausserordentlich viel Arbeit zu bewältigen. Nicht nur das neue Erscheinungsbild, sondern auch die neue Direktionsstruktur haben zu mehr Arbeit geführt. Dies alles ohne zusätzliche personelle Ressourcen zu bewältigen, war ein Kraftakt. Dies verdient unseren Dank und Respekt. Neuigkeiten und Fortschritte gab es auch bezogen auf die Planungsinstrumente für das Budget und für den Aufgaben- und Finanzplan. Mit der Aufteilung der Projekte in Finanz- und Sachplanwerte wird der Realisierungsgrad der Investitionen steigen. Es werden nur noch die Vorhaben umgesetzt, die in der Planung und Bearbeitung schon fortgeschritten sind. Dass der Rückblick nun auch auf zehn Jahre ausgedehnt wird, trägt sicher auch zu einer genaueren Planung bei. Wir sind überzeugt, dass wir bald erste erfreuliche Resultate sehen werden. Die Bauausgaben sind immer noch ausserordentlich hoch. Es ist gut, dass die Stadt auf die Spezialfinanzierung für den baulichen Unterhalt zurückgreifen kann. Die nachhaltige Sanierung von und Investitionen in Anlagen im Verwaltungsvermögen erzeugen einen Gegenwert und tragen zur Wertschöpfung bei für das Gewerbe aus der Regi-



on. Die SP-Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates zum Budget und nimmt den Aufgaben- und Finanzplan wohlwollend zur Kenntnis.

Andrea de Meuron, **Vorsteherin FiRU**, dankt für die grundsätzlich sehr positive Aufnahme dieses Budgets. Aus Sicht des Gemeinderates ist es auch mehr als verständlich, dass die Stellenschaffungen bei den einen zu einem Schock und bei den anderen zu einem Verständnis führen, dass man den Aufgaben Rechnung tragen will und dass man dies entsprechend aufgenommen hat. Wir haben es uns gut überlegt. Die Stellen sind verbunden mit den Aufgaben, die anstehen. Der Gemeinderat hat es nicht ehrlich gefunden, wenn wir dieses Jahr nur einen Teil der Stellen bewilligen lassen würden und im nächsten Jahr wieder einen Teil. Es ist jetzt nötig. Jetzt ist Legislaturstart. Wir sind klar der Meinung, dass es nächstes Jahr nicht in diesem Umfang weitergehen soll. Es ist aber möglich, dass weitere Aufgaben hinzukommen, dass man sieht, dass die Ressourcen nicht ausreichen und wir können nicht versprechen, dass nächstes Jahr gar keine Stellen mehr beantragt werden. Positiv aufgenommen worden ist, dass wir die Finanzpolitik aus der Vergangenheit weiterführen wollen. Sie wird die Finanzpolitik entsprechend auch in Zukunft so weiterführen. Ändern wird sich, dass wir aufgeteilt nach Finanzplan- und Sachplanwerten vorgegangen sind. Sie ist gespannt, wie man im 2020 abschliessen wird und ob man den Elchtest bestehen kann. Sie erhofft sich eine bessere Detaillierung, respektive dass man näher ist, an dem, was budgetiert worden ist und wir so genauer abschliessen können. Beim Personal sind wir herausgefordert. Als Gemeinderat müssen wir sehen, wo die Reise hingeht. Neue Aufgaben werden kommen. Es ist gefordert worden, dass dargestellt wird, wie es in der Vergangenheit mit dem Personal war. Wenn man dies graphisch darstellt, so ist klar festzuhalten, dass das Abbild des Personalbestandes ein Abbild unserer Aufgaben ist. Die Aufgaben einer Stadt verändern sich. Es gibt Aufgaben, welche plötzlich zum Kanton wechseln wie z.B. die Polizei. Dort ist der Personalbestand deutlich gesenkt worden. Oder eine Energie Thun AG, die ausgelagert worden ist. Auch dort ist der Personalbestand gesunken. Deshalb bildet dies auch in Zukunft das ab, was an Aufgaben bestellt wird oder wir leisten müssen. Zum Service Public ist auszuführen, dass dieser nach der Meinung des Gemeinderates auch ein eigenes Krematorium umfasst. Auch die Stimmbevölkerung wollte dies. Das Gleiche gilt auch für unsere Sportinfrastrukturen. Es handelt sich um Dienstleistungen, die wir zur Verfügung stellen. Dies ist keine Selbstverständlichkeit. Dies kann auch Thema bei einem Hallenbad sein. Das alles hat seinen Preis. Für uns ist dies die Definition des Service Public. In den Sachkommissionen kann aber diskutiert werden, was darunter verstanden werden soll. Der Gemeinderat wird bei der Personalpolitik hinschauen. Im Rahmen des nächsten Budgets werden wir sehen, wie den geäusserten Wünschen Rechnung getragen werden kann. Auch gerade die Herausforderungen von öffentlich- und privatrechtlichen Stellen werden wir annehmen. Beide beziehen Lohn und haben eine Auswirkung auf unseren Finanzhaushalt. Dort müssen eventuell andere Instrumente gefunden werden, um dies abzubilden. Dies ist eine Aufgabe, die wir sehr gerne mit auf den Weg nehmen. So können wir diesem Wunsch im nächsten Budget Rechnung tragen. Herzlichen Dank für die gute Aufnahme.

**Der Stadtratspräsident** stellt das Budget nach der vorliegenden Checkliste zur Diskussion. Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

### Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 39 Buchstabe a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 18. September 2019, beschliesst einstimmig:

1. Im Jahr 2020 sind folgende Gemeindesteuern zu erheben:
  - a) Steueranlage: Auf den Gegenständen der Kantonssteuer das 1,72fache der für die Kantonssteuer geltenden Einheitsansätze.
  - b) Liegenschaftssteuer: 1,2 Promille des amtlichen Wertes.
2. Genehmigung Budget 2020 bestehend aus:

|                      |     | Aufwand      | Ertrag      |
|----------------------|-----|--------------|-------------|
| Gesamthaushalt       | Fr. | -287'139'100 | 287'258'900 |
| Ertragsüberschuss    | Fr. | 119'800      |             |
| Allgemeiner Haushalt | Fr. | -267'643'600 | 267'643'600 |
| Aufwandüberschuss    | Fr. |              | 0           |



|                                            |     |            |           |
|--------------------------------------------|-----|------------|-----------|
| Spezialfinanzierung Abwasser               | Fr. | -6'733'800 | 6'815'900 |
| Ertragsüberschuss                          | Fr. | 82'100     |           |
| Spezialfinanzierung Abfall                 | Fr. | -6'979'200 | 6'465'500 |
| Aufwandüberschuss                          | Fr. |            | -513'700  |
| Spezialfinanzierung Feuerwehr              | Fr. | -3'050'200 | 3'609'600 |
| Ertragsüberschuss                          | Fr. | 559'400    |           |
| Spezialfinanzierung Parkinggebühren        | Fr. | -2'619'700 | 2'700'300 |
| Ertragsüberschuss                          | Fr. | 80'600     |           |
| Spezialfinanzierung Parkplatz-Ersatzabgabe | Fr. | -112'600   | 24'000    |
| Aufwandüberschuss                          | Fr. |            | -88'600   |

3. Ziffer 1 und 2 dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum gemäss Stadtverfassung.
4. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

## 129. Aufgaben- und Finanzplan 2020 bis 2023

### Kenntnisnahme

Die Diskussionen zum Aufgaben- und Finanzplan wurden im vorangehenden Traktandum Budget 2020 geführt. Es erfolgten keine zusätzlichen Bemerkungen.

### Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 44 Absatz 2 Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 18. September 2019, beschliesst stillschweigend:

Der Aufgaben- und Finanzplan 2020 bis 2023 wird stillschweigend zur Kenntnis genommen.

## 130. Postulat P 10/2019 betreffend höheren Biogas-Bezug für städtische Liegenschaften

### Fraktionen SP, glp/BDP, Grüne/JG und Mitunterzeichnende vom 6. Juni 2019; Beantwortung

Franz Schori, **SP-Fraktion**, ist der Meinung, dass Taten statt Worte gefragt sind, seit der Klimanotstand ausgerufen worden ist. In dem Sinne ist die Stellungnahme des Gemeinderates sehr erfreulich. Auch der Gemeinderat will auf Worte zum Thema Klimaschutz Taten folgen lassen. Es ist sehr erfreulich, dass der Gemeinderat den Biogasanteil auf 100 % erhöhen will. Es ist eine Massnahme, die dazu beiträgt, die CO<sub>2</sub>-Belastung zu reduzieren. Gleichzeitig ist es auch eine Massnahme, welche die regionale Wertschöpfung fördert. Die Mehrausgaben fliessen zu einem Teil wieder zur Stadt Thun, denn die Energie Thun AG gehört zu 100 % der Stadt. Von dort geht es weiter zu der ARA Region Thunersee, an der die Stadt zu einem Drittel beteiligt ist. Das Biogas wird in unserer Region erzeugt. Dies kann unter Umständen ein Ansporn sein für andere, auch Biogas zu produzieren. Die Vorbildrolle der Stadt Thun kann dazu beitragen, dass Private, die mit Gas von irgendwo auf diesem Planeten heizen oder kochen, Biogas aus unserer Region beziehen werden. Aus unserer Sicht sind die Kosten gut vertretbar und es ist gut dargelegt, wie viele Mehrkosten es auslösen wird. Auch dargelegt ist die Einführung der Fernwärme. Bei der Fernwärme gibt es bei uns Zweifel mit Blick auf die Umsetzung. Ist es realistisch, überall, wo man sich dies nun vorstellt, bis 2021 Biogas abzulösen durch Fernwärme? Wir sind mit Biogas und Fernwärme auf gutem Weg einen grösseren Beitrag zum Thema Klimaschutz zu leisten. Wir hätten uns gewünscht, dass die Umsetzung bereits im 2020 erfolgen wird. Wir haben aber Verständnis dafür, dass der Gemeinderat zuerst einen Auftrag will, bevor er an die Umsetzung geht. Zudem kennen wir auch die Budgetprozesse. So gesehen freuen wir uns auf die Umsetzung im Jahr 2021. Die SP-Fraktion stimmt dem Postulat einstimmig zu.



Alois Studerus, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, führt aus, dass man den CO<sub>2</sub>-Ausstoss reduzieren soll, wenn man dies machen kann. So kann man den Schritt in Thun relativ einfach umsetzen. Es dient auch der Energiestrategie 2050, die im Jahr 2017 angenommen worden ist. Es kostet aber 520'000 Franken pro Jahr. Die Anlagen, die man umstellt, sind die grösseren Anlagen, die danach dem Fernwärme-Netz angeschlossen werden sollen. Im 2022 soll dies umgesetzt werden. Genau mit dem Entscheid kann dies auch unterstützt werden und die Energie Thun AG auch in dieser Absicht bestärken, das Fernwärmenetz entsprechend aufzubauen. Mit dieser Massnahme können grundsätzlich 860 Tonnen CO<sub>2</sub> vermieden werden und dies ist richtig. Der Gemeinderat schlägt vor, dass diese Umsetzung per 1. Januar 2021 gemacht werden soll. So kann man es in den normalen Budgetprozess einfliessen lassen. Es gibt einen weiteren Grund, wieso man dies machen kann. Es sind einige Vorstösse hängig, die im nächsten Jahr behandelt werden und teilweise grosse Kostenfolgen haben, die ins Budget 2021 einfliessen müssen. Deshalb braucht es eine Abstimmung der Forderungen, die sich aus diesen Vorstössen ergeben, damit man sagen kann, welche Massnahme am wirkungsvollsten ist. Längerfristig ist diese im Postulat vorgelegte Massnahme aber wirkungsvoll, da die Umstellung schnell umsetzbar ist. In dem Sinn ist die Fraktion EVP+EDU+CVP für die Annahme dieses Vorstosses.

**Markus van Wijk** (FDP), dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung des vorliegenden Postulats. Was insbesondere positiv auffällt, ist, dass die vorliegende Massnahme nicht isoliert betrachtet wird. Gerade weil sich die Stadt im Klimanotstand befindet, muss man langfristig die beste Option für die Umwelt aber auch für die monetäre Situation schaffen. Der Einbezug von CO<sub>2</sub>-freier Fernwärme und Kehrlichtverbrennungsanlage – ob dies in diesem Zeitplan möglich ist oder nicht, werden wir sehen – ist insbesondere aus synergetischer Sicht eine intelligente, wirksame Massnahme, die den Gesamtverbrauch an künftig verwendetem Biogas um immerhin 40'000 Franken jährlich reduziert. Die Substitution von Erdgas für praktisch CO<sub>2</sub> neutrale Energie führt zu einer Kostensteigerung von 60 %. Für diese Transparenz ist er froh. Weiter hofft er, dass bei allen künftigen Forderungen ein Preisschild ausgewiesen wird. Nur so ist es möglich, in unserem engen Finanzkorsett, die Konsequenzen für das Ganze abzuschätzen. Die FDP wird das Postulat annehmen.

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne/JG**, bedankt sich beim Gemeinderat für die Beantwortung des Postulats. Die Fraktion wird dieses Postulat annehmen. Stadtrat Schori hat bereits auf alle positiven Punkte von Biogas hingewiesen, weshalb sie jetzt darauf verzichtet. In der Fraktion hat das Biogas trotz der Annahme zu kontroversen Diskussionen geführt. In Thun werden immer noch 40 % der Gebäude mit Öl beheizt. Der Ersatz von Erdgas durch Biogas und in Zukunft wahrscheinlich auch durch synthetische Gase ist ein wichtiger Bestandteil dieser Einwände. Dass die Stadt Thun hier eine Vorbildrolle übernehmen will, begrüssen wir sehr. Dies alleine wird aber nie reichen für die Energiewende. Die mit diesem Vorstoss bezweckte Umstellung auf 100 % Biogas darf deshalb auf keinen Fall die Entwicklung der geplanten Fernwärme verhindern oder verunmöglichen. Die erste Priorität hat für die Fraktion die Reduzierung des Energiebedarfs. Überall, sei es im Verkehr oder auch im Gebäudebereich. Die energetische Sanierung von stadteigenen Gebäuden muss unbedingt verstärkt angegangen werden und der Anteil des Energiefonds könnte dazu verwendet werden, auch die privaten Hauseigentümer zu animieren, energetisch und nachhaltig zu sanieren. Es bringt nichts, wenn wir unsere Häuser mit erneuerbarer Energie heizen, wenn die Wärme durch undichte Fenster verloren geht. Wenn auf allen Hausdächern Solarzellen installiert werden würden, kämen wir einer fossilarmen Gesellschaft schon deutlich näher. Zu den Kosten ist auszuführen, dass uns diese bewusst sind. Aber alles, was wir jetzt nicht machen, wird in Zukunft kosten, und es wird mehr kosten. Dies wird für alle Massnahmen wichtig sein, die kommen werden.

Simon Werren, **Fraktion glp/BDP**, führt aus, dass sie begrüssen würden, wenn der Biogasanteil bis ins Jahr 2021 massiv erhöht werden würde. Wenn für das Ziel von wünschenswerten 100 % Biogas ab 2021 keine technischen Anpassungen der Anlagen und keine technischen Investitionen gefordert sind, steht diesem Anliegen aus ihrer Meinung auch nichts im Wege. Ihnen ist bewusst, dass mit dem Verwenden von Biogas höhere Kosten entstehen werden. Sie unterstützen es, wenn diese Massnahme nicht einzeln betrachtet wird, sondern als Teil einer Gesamtstrategie angesehen werden kann. Auch aus der Sicht der Fraktion glp/BDP gilt es, die Mittel für die Klimaschutzmassnahmen möglichst effizient einzusetzen. Mit der Umstellung auf Biogas sehen sie eine relativ einfache Umsetzung. Sie begrüssen den Entscheid des Gemeinderates, ab 2022 auf Fernwärme der Kehrlichtverbrennungsanlage Thun zu setzen. Ob es schon im Jahr 2022 für eine Anlage reichen wird, werden wir sehen. Für sie macht es Sinn, grössere Anlagen an die Fernwärme anzuschliessen. Die glp/BDP Fraktion nimmt das Postulat an.



Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, zitiert Stadtrat Schori mit den Worten „Taten statt Worte“. Die Stadt Thun könnte Stadtrat Schori einmal einen Einzahlungsschein senden, damit er einen ersten namhaften Beitrag an die 500'000 Franken spenden könnte. Generell ist die Erhöhung des Biogasanteils von 10 % auf 100 % nicht gefordert im Postulat. Es ist eine Erhöhung von bis zu 100 % gefordert. Im Hinblick auf die bestehenden Kosten ist es aus seiner Sicht nicht einmal prüfenswert. Er ist enttäuscht von der Antwort des Gemeinderates und auch von der Darstellung. Gerade bei den vorherigen Traktanden ist der Aufgaben- und Finanzplan zur Kenntnis genommen und das Budget genehmigt worden. Jetzt kommen Vorschläge, die tabellarische Darstellungen enthalten, die finanzpolitisch völlig unlogisch und unrealistisch sind. Kein Privater käme auf die Idee, in dieser Dimension zu handeln. Wenn man wählen kann, zwischen einer Rechnung von 100 Franken oder 160 Franken für das gleiche Produkt, nimmt man immer die Rechnung für 100 Franken. Der eine oder andere wäre vielleicht sogar bereit, 120 Franken zu bezahlen. Bei 160 bis 170 Franken ist die Schmerzgrenze definitiv erreicht. Wir sprechen hier vom gleichen Produkt und bezahlen einfach mehr. Das ist fast ein bisschen ein Raubzug an Steuergeldern, was wir hier betreiben. Es ist in Ordnung, wenn man umweltverträgliche Lösungen sucht. Eine gesunde Mischung ist hier gefragt. Gerade bei den grossen Biogasanlagen müssen aufgrund der nicht genügend vorhandenen Abfälle, hochwertige Lebens- und Futtermittel beigesteuert werden, welche mit LKWs transportiert werden. Die kleineren Biogasanlagen sind eher sinnvoll. Somit sollte man nicht einen zu grossen Biogasanteil anstreben. Es ist gut, dass die Stadt die Fernwärme ausbauen will. Man könnte den Anteil des Biogases durchaus erhöhen, ergänzt mit konventionellem Gas und Fernwärme. Dies würde einen guten Mix ergeben, welcher zur Entlastung der Umwelt beitragen würde. Der finanzielle Aspekt muss beachtet werden. Die Stadt entwickelt gerade jetzt Möglichkeiten für Massnahmen in Bezug auf die Klimaschonung. Dies ist auch Ausfluss des Stadtrats, da wir dies mitgestalten durften. Der Gemeinderat arbeitet daran und es werden neue Massnahmen vorgelegt. Wenn wir das Klimageld zum Fenster rauswerfen, wird für andere Massnahmen, die sinnvoller wären, weniger oder kein Geld mehr übrig sein. Wir sprechen hier von 500'000 Franken. Hinter dem Balkendiagramm des Postulats können wir nicht stehen, wie es hier dargestellt ist. Es suggeriert, dass man ab 2021 100 % Biogas einkaufen würde. Mit einem moderaten Anstieg von Biogas und einem gesunden Mix könnte die SVP-Fraktion gut leben und dies würde auch unterstützt. So wie das Postulat daliegt und dargestellt wird, müssen wir zum Schutz unserer Bevölkerung und Familien, die Steuern bezahlen müssen, die immer stärker direkt oder über die Steuern belastet werden, das Postulat klar ablehnen.

**Roman Gugger** (Grüne) erwidert, dass nach Aussagen von Stadtrat Deriaz niemand bereit ist, mehr zu bezahlen für das gleiche Produkt, dass notabene fast CO<sub>2</sub> neutral ist. Dies könnte als Votum gegen die Eigenverantwortung des Bürgers verstanden werden und dies findet er ein bisschen absurd. Es bräuchte somit klare Regeln. Wir wollen hier in der Stadt Thun als gutes Beispiel vorangehen und aufzeigen, dass es Wege gibt, um den CO<sub>2</sub> Ausstoss zu vermindern. Und um das geht es. Er muntert Stadtrat Deriaz auf, seine Haltung zu überdenken.

**Franz Schori** (SP) findet es nicht fair, in einer politischen Auseinandersetzung mit Einzahlungsscheinen zu argumentieren. Wenn zum Beispiel auf nationaler Ebene die Sicherheitspolitik diskutiert wird, ist es auch kein Thema, dass diejenigen, welche neue Panzer und Flugzeuge wollen, Einzahlungsscheine nach Hause geschickt erhalten.

**Gemeinderat Konrad Hädener** stellt fest, dass insbesondere die Darstellung des Postulats kritisiert worden ist. Inhaltlich kann man getrennter Meinung sein, ob man die Mehrkosten in Kauf nehmen will oder nicht. Die Darstellung, welche der Gemeinderat zu verantworten hat, ist klar. Insbesondere geht daraus hervor, dass Mehrkosten von Fernwärme und von Biogas etwa die gleichen sind. Deshalb ist die Argumentation von Stadtrat Deriaz nicht verständlich. Ob Biogas oder Fernwärme, es kommt auf das Gleiche. Dies geht aus dieser Darstellung hervor. Es handelt sich beim Postulat um einen politischen Entscheid, den der Stadtrat auch nächstes Jahr im Rahmen des Budgetierungsprozesses, welcher schon im Februar beginnen wird, noch beeinflussen kann.

#### **Stadtratsbeschluss**

Das Postulat wird mit 28 zu 7 Stimmen als erheblich erklärt.



### 131. Postulat P 15/2019 betreffend Senkung der Polizeikosten dank dem dialogorientierten Ansatz im Management von Fussballfans

**Alice Kropf (SP), Till Weber (Grüne) vom 27. Juni 2019; Beantwortung**

**Alice Kropf (SP)**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung des Postulats. Inhaltlich will sie nicht auf das Postulat eingehen. Es ist ausführlich und detailliert geschildert, um was es geht, auch dank dem Anhang der Universität Bern. Es geht erstens um die Teilnahme an der Arbeitsgruppe Prävention von der Fanvertretung, wobei in der Stellungnahme steht, dass sie von dreizehn Sitzungen nur zwei Mal teilgenommen haben. Anhand der Protokolle hat es vierzehn Sitzungen gegeben und davon waren die Fans zehn Mal anwesend und haben diskutiert und den Dialog wahrgenommen. Zweitens geht es um den Dialog. So wie dieser in der Stellungnahme dargestellt wird, geht es den Fans nur um die Durchsetzung der eigenen Interessen. Es geht auch der Stadt um die Durchsetzung der eigenen Interessen. Auch dem FC Thun und der Polizei, nicht nur den Fans. Im dialogorientierten Ansatz geht auch zu einem wesentlichen Teil darum, die jeweiligen Interessen darzulegen, zu vertreten und auch durchzusetzen. Dies funktioniert nur, wenn man Schritte aufeinander zugeht. Dies geschieht auch bereits jetzt in dieser Arbeitsgruppe Prävention. Auch die Fans tragen zu Kompromissen bei, obschon es ihnen zugegebenermassen teilweise sehr schwerfällt, aber sie bewegen sich auch. Sie findet es schade, dass alles was Fans betrifft, in den Antworten des Gemeinderates negativ dargestellt wird und zumindest unterschwellig als Vorwurf erscheint. Die konstruktiven Teile sind da, diese werden aber leider nicht erwähnt. Sie bedauert dies. Zum dritten Punkt, bei welchem der Gemeinderat schreibt, dass es schon einen dialogorientierten Ansatz gebe – ja, das stimmt. Einerseits die Arbeitsgruppe Prävention, wo ein konstruktiver von allen Seiten Dialog stattfindet und andererseits vor allem auch dank der Leitung der Fanarbeit Schweiz, die dies sehr gut macht. Es ist auch sehr lobenswert, dass die zuständige Direktion diesen Tisch von einer solchen Fachperson leiten lässt. Der zweite dialogorientierte Ansatz geschieht seitens Polizei. Die Polizei versucht, mit den Dialogteams im Vordergrund zu stehen. Dies ist ein sehr guter Ansatz aber der dialogorientierte Ansatz gemäss Postulat geht weiter. Ganz wichtig ist dort, dass immer die gleichen Personen diesen dialogorientierten Ansatz wahrnehmen, die auch besonders geschult und weitergebildet sind, um mit Fans umgehen zu können. Wichtig ist auch, dass sie sich auch ausserhalb von Matchtagen dort aufhalten, wo sich die Fans aufhalten, damit dort in den Dialog treten und ein Vertrauensverhältnis aufbauen können. Das Vertrauensverhältnis ist das A und O dieses Ansatzes. Im Anhang sind die Beispiele von Schweden und Grossbritannien ersichtlich, wo dieser Ansatz bereits gelebt wird. Das Vertrauensverhältnis fehlt aktuell zwischen den Fans, der Stadt Thun und der Polizei. Dieser Ansatz könnte eine Chance sein, dies aufzubauen. Dadurch werden sich auch Verhaltensweisen ändern können. Die Kantonspolizei Bern ist dort auch schon sehr fortgeschritten, indem sie Dialogteams in den Vordergrund stellt. Dies ist nicht selbstverständlich und leider auch nicht schweizerischer Standard. Ein weiteres Lob geht an die Direktion Sicherheit, da bis jetzt in der laufenden Saison keine Kollektivstrafen verhängt wurden. Dies hilft, die Situation zu entspannen. Die bisherigen Bemühungen reichen aber nicht aus. Dies sieht man auch an den hohen Polizeikosten. Das Postulat soll daher nicht abgeschrieben werden. Es ist aber auch kein Unglück, wenn keine Mehrheit gefunden wird für das Nichtabschreiben. Dies, weil der Ansatz, welcher im Postulat umschrieben wird, momentan europaweit der erfolgversprechendste Weg ist. Das Institut für Sportwissenschaften ist mit mehreren Playern im Gespräch. Unter anderem mit der Kantonspolizei, um diesen Ansatz zu prüfen. Es ist aber noch nicht spruchreif und es müssen noch Details geklärt werden. Der FC Thun schreibt in der Stellungnahme, dass er offen ist für diesen Ansatz und man es als Pilotprojekt ausprobieren kann. Aus Sicht der Interessen des Gemeinderates ist für sie nicht nachvollziehbar, dass er das Postulat abschreiben will. Ein Nichtabschreiben würde ein Signal zu den laufenden Gesprächen senden, dass die Stadt auch Interesse hätte, dort mitzuwirken und auch als einer der Player angesehen wird. Wir könnten ein Signal senden, dass es auch für die Politik prüfenswert ist. Sie findet es wichtig, dass auch diese Geschichte angegangen wird und die Stadt eine aktive Rolle wahrnimmt.

**Hanspeter Aellig (FDP)** findet, dass der Postulatstitel bereits viel sagt: Senkung der Polizeikosten bei Fussballspielen. Ja, da ist die FDP dabei. Diese Kosten sind nach der Haltung der FDP mehrheitlich unnötig. Wir wünschen sportliche Fussballspiele und Fans. Gesetzesbrecher haben weder auf dem Spielfeld, noch daneben etwas zu suchen. Allerdings sind die Voraussetzungen für einen Dialog bereits heute schwer. Es gibt viele Beschuldigungen im Text des Vorstosses gegen die Behörden und die Polizei. Die Polizei ist kein Gegner, diese macht ihre Arbeit und unterliegt dem Primat der Politik. Die FDP wird müde, dies immer wieder zu erklären und auf solche Vorstösse eintreten zu müssen. Der Bericht des Gemein-



derats zeigt auf, dass von Seiten den Behörden sehr viel gemacht wird, aus der Sicht der FDP das Machbare. Allerdings sind Dialoge nur möglich, wenn alle dazu bereit sind. Sonst handelt es sich um einen Monolog. Die Fans interpretieren den Dialog so, dass sie ihre Interessen verfolgen werden. Dies entspricht nicht einem Dialog. Ein Dialog muss zu Abmachungen führen, die von beiden Seiten einhalten werden. Es zeichnet sich eine Verweigerung der Dialogbereitschaft ab. Nach der Meinung der FDP liegt der Ball nun nicht in den Händen der öffentlichen Hand. Eine positive Entwicklung wäre eine kontinuierliche Teilnahme an den Diskussionen seitens der Fans. Die Kosten sind gemäss der FDP zu hoch. Die FDP wird nicht mitmachen, wenn weitere Kosten für die Stadt entstehen würden und sie wird keine weiteren Stellen genehmigen. Die FDP nimmt das Angebot des Gemeinderates ernst, dass weitere Diskussionen verfolgt werden. In dem Zusammenhang möchte die FDP dem Gemeinderat für die nicht einfache Arbeit danken. Die Fans werden aufgerufen, sich zurück an den Tisch zu setzen, um in den Dialog zu treten und das Ziel von sportlichen Spielen und sportlichen Fans erreicht werden kann. Die FDP wird das Postulat annehmen und gleichzeitig abschreiben.

Cloe Weber, **Fraktion Grüne/JG**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung des Postulats. Sie begrüssen das Prinzip des dialogorientierten Ansatzes im Management mit den Fussballfans und sehen darin eine gute Ergänzung zu den jetzt angewendeten Massnahmen. Solche neuen Strategien sollen unterstützt und umgesetzt werden. Es lohnt sich, genau in solche Projekte Geld zu investieren anstatt nur eine neue Videoüberwachen im Stadion finanziell zu unterstützen. Das grosse Interesse des FC Thun und auch dieses der Swiss Football League zeigen, welches Potential man diesem Ansatz zutraut. Gerade die Städte in Schweden und in Grossbritannien zeigen, dass es möglich ist, dank der Verfolgung einer solchen Strategie die Polizeikosten zu senken. Die Fronten zwischen der Stadt Thun und den Fussballfans sind ziemlich verhärtet. Es wäre somit eine Chance, als Stadt auf die Fussballfans zuzugehen. Es wäre schade, wenn man diese Chance nicht nutzen würde. Nur so kann herausgefunden werden, ob dies für die Stadt ein richtiger Ansatz ist und längerfristig Polizeikosten gesenkt werden können. Wenn man in der Beantwortung bereits auf einen positiven Schluss kommt, soll dies angegangen werden und eine konkrete Umsetzung soll geprüft werden. Die Fraktion ist für die Annahme, jedoch mehrheitlich gegen eine Abschreibung.

Reto Vannini, **Fraktion glp/BDP**, führt aus, dass es der Fraktion stinke, über dieses Thema zu sprechen. Es bringt dem FC Thun nicht einen und auch nicht drei Punkte mehr. Das Problem kann aber auch nicht einfach totgeschwiegen werden. Die Idee des dialogorientierten Zusammenkommens findet die Fraktion grundsätzlich gut. Wir haben Schwierigkeiten. Für die Antwort des Gemeinderates kann er nur gratulieren. Der Dialog muss langsam entstehen. Zwischen den Zeilen kann man lesen, dass in diesem Zusammenhang dem Geschäft zugestimmt werden muss. In der Antwort des Gemeinderates hat es auch Sätze, die er weniger gut findet. Für die Stadt sollen keine zusätzlichen Kosten entstehen. Dies ist Sache der Superleague und der Clubs. Wenn man auf die Fanseite sieht, hat man eigene und auswärtige Fans. Die auswärtigen Fans sind noch schwieriger als die eigenen Fans. Seit dem Sommer geschieht etwas, was sich entwickeln könnte. Die Dialogbereitschaft ist langsam da. Es ist erwähnenswert, wenn die Fans mitwirken. Die Jungen haben das Privileg, nicht mit allem einverstanden sein zu müssen. Wir haben jetzt einen Antrag. Die Fraktion unterstützt diesen, aber nur einmal und zwar heute. Falls der Dialog nun nicht funktioniert, wenn das Projekt nicht zum Fliegen kommt, müssen sie sich auch quer stellen. Die Fans müssen schauen, dass das Gespräch nicht verweigert wird. Die Fraktion glaubt daran, dass mit viel gutem Willen ein Dialog erarbeitet werden kann. Dass die Fraktion der Abschreibung nicht zustimmt, ist ein Zeichen des guten Willens der Fraktion an die Fans. So kann mitgearbeitet werden, dass sich ein Vertrauensverhältnis entwickeln kann. Die Fraktion wird das Postulat annehmen aber nicht abschreiben.

Susanne Gygax, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, dankt für die gemachten Ausführungen und dem Gemeinderat für die Beantwortung des Postulats. Der FC Thun ist eine Herzenssache. Für Stadträtin Kropf ist die Fanarbeit ihre Herzensangelegenheit. Deshalb ist das Postulat entstanden. Sie dankt Stadträtin Kropf für ihr Engagement. Die Fraktion EVP+EDU+CVP ist sicher auch für den Dialog. Sie unterstützen diese Arbeit. Sie dankt Gemeinderat Siegenthaler, dass er daran bleibt und sich nicht unterkriegen lässt. Allerdings ist es so, dass heute das Budget beschlossen wurde und man sehen kann, wie sich die Stadt weiter verschuldet, ganz besonders im nächsten Jahr. Die Fraktion ist nicht bereit, mehr Geld für diese Arbeit in die Hände zu nehmen. Die Swiss Football League wird aufgefordert, ihre Verantwortung zu übernehmen. Diese soll das Geld selber sprechen, um die Fanarbeit zu unterstützen. Man soll ein Fussballspiel



sehen können, ohne dass man um sein Leben fürchten muss. Die Fraktion ist für die Annahme des Postulats und die gleichzeitige Abschreibung.

Serge Lanz, **SVP-Fraktion**, führt aus, dass das Postulat im Sinne des Ratsreglements und der politischen Kultur angeschaut worden ist. Bei der Begründung hat die Fraktion geschaut, was der Gegenstand ist und was der Gemeinderat prüfen soll. Er dankt dem Gemeinderat und allen Mitwirkenden für die ausführliche Beantwortung. Die Fraktion stellt fest, dass im Vorfeld die Kantonspolizei die Verantwortung wahrnimmt und dies bereits schon vorher ausgeführt worden ist und der Dialog auch mit ausgewiesenen Spezialisten gesucht wird. Die Vertreter der Stadt Thun sind dabei. Auch der FC Thun ist dabei. Viele Leute machen sich stark für den FC Thun. Alle sind müde, solche Vorstösse ruhig und sachlich anzusehen und zu kommentieren. Es hat zahlreiche tolle Fans beim FC Thun. Die Verantwortung wird wahrgenommen in der Stadt Thun. Der Personalaufwand wird im Namen dieser Förderung wahrgenommen. Die SVP-Fraktion erkennt, dass hier sehr viel gemacht wird. Die Fraktion nimmt das Postulat einstimmig an und unterstützt die gleichzeitige Abschreibung. Die Anwesenden und die Bevölkerung sollen an die Spiele des FC Thuns gehen und diesen so unterstützen.

**Gemeinderat Peter Siegenthaler** führt aus, dass es in der Begründung des Postulats einen Satz gibt und zwar „Das Verhalten der Polizei hat einen eminenten Einfluss auf das Fanverhalten“. Dies ist so. Aber das Fanverhalten hat auch einen eminenten Einfluss auf das Verhalten der Polizei. Wenn man nun fordert, dass sich die schweizerische Fussballiga aktiv am Tisch mit den Fans beteiligt, so muss festgestellt werden, dass es dieses Angebot gegeben hat. Die Mehrheit des Tisches hat gewünscht, dass die Liga nicht dabei ist. Dies ist gegen seinen Widerstand passiert und er hat dies auch kritisiert. Es stimmt, mehrheitlich sind anständige Leute im Stadion. Es ist umso erstaunlicher, dass das Verhalten weniger Fans so viele Umtriebe und Probleme macht, die in mehreren 100'000 Franken Polizeikosten münden. Das Verhalten der Fans gibt im Moment bei Heimspielen wenig Grund zu Klagen. Dies funktioniert gut, was zu anerkennen ist. Die Vertreter des Blocks Süd nehmen wieder an diesem runden Tisch teil. Die Zusammenarbeit mit dem Fanverantwortlichen funktioniert aus Sicht der Kantonspolizei gut. Bei Heimspielen trifft man sich vorher und trifft Abmachungen. Negativ ist aber das Verhalten der Fans bei Auswärtsspielen. Dies ist nicht untypisch. Am 19. Oktober gab es beim Auswärtsspiel in Basel einen Raufhandel beim Bahnhof Thun mit 15 Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Dank rascher Intervention der Polizei konnte Schlimmeres verhindert werden. Am 27. Oktober hat es eine Körperverletzung an der Frutigenstrasse in Thun gegeben. Es gab ein Zusammentreffen zwischen YB- und Thun-Fans, wobei es zu einer Körperverletzung kam. Auch dort war eine rasche Intervention verantwortlich dafür, dass nichts Schlimmeres passiert ist. Am 9. November fand ein Auswärtsspiel in Neuenburg statt, wobei es einen Zusatzhalt vom BLS-Extrazug auf Verlangen der FC Thun Fans in Ins gab bei der An- und Rückreise. Es gab Leute, die trotz Rayonverbote das Stadion betreten haben und dies hat zu einem Polizeieinsatz geführt. Zwecks Personenkontrolle ist der Zug in Ins eingefahren und es kam zu einem Angriff auf die Polizei und ein Sicherheitsbegleiter der BLS ist durch einen Steinwurf am Kopf verletzt worden. Die Ermittlungen dazu sind im Gang. Dies gehört auch zu einer vollständigen Darstellung des Verhaltens von FC Thun-Fans.

**Alice Kropf**, SP, hat nie behauptet, dass die Fans Engel sind und sie immer alles richtig machen. Es gibt Vorkommnisse, die unschön sind. Auch beim dialogorientierten Ansatz besteht nicht der Anspruch, dass alles verhindert werden kann. Dies ist nicht möglich. Es könnte aber in eine Richtung gehen, dass die Wahrscheinlichkeiten und die Risikofaktoren kleiner sind als dass es zu eskalativen Situationen kommt. Sie versteht, dass man als Stadt nicht mehr Geld in dieses Projekt investieren will. Dies wäre allenfalls auch gar nicht nötig, da die Finanzierung anders aufgegleist werden könnte. Als Stadt würde man profitieren, wenn man danach weniger Polizeikosten hat. Gemeinderat Siegenthaler sagt immer, dass man machtlos ist. Nun hätte man einen Ansatz, der dermassen gut durch Forschungsergebnisse belegt ist aus Schweden und Grossbritannien. Es wäre eine verpasste Chance, wenn man sich hier nicht beteiligt. Das Wichtigste ist, dass es früher oder später eingeführt wird. Viel ändern wird sich nicht, ob nun abgeschrieben wird oder nicht.

#### **Stadtratsbeschluss**

Das Postulat wird einstimmig als erheblich erklärt und die Abschreibung mit 19 zu 15 Stimmen abgelehnt.



## 132. Motion Auszahlung von CHF 150'000.- an das Vorprojekt „Schwimmhalle Heimberg“ jetzt! Fraktion SVP vom 14. November 2019

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, sagt, dass aus den Medien zu entnehmen war, dass der Verwaltungsratspräsident der Genossenschaft Sportzentrum Heimberg konsterniert gewesen ist über den Bescheid, den ihm der Thuner Gemeinderat mitgeteilt hat. Für uns ist allerdings diese Konsternation nicht ganz nachvollziehbar. Wir wissen alle, wie dies zustande gekommen ist. Nächste Woche findet eine weitere Sitzung des Verwaltungsrates des Sportzentrums Heimberg statt. Dort wird ganz sicher über das „wie weiter“ der Schwimmhalle Heimberg beraten. Obwohl wir bereits anlässlich der Debatte im März bezweifelt haben, dass die überkommunale paritätische Einigung zu Stande kommt, will die SVP-Fraktion mit dieser Motion gegenüber dem Verwaltungsrat, dem Sportzentrum aber auch den umliegenden Gemeinden ein töffnendes Zeichen setzen. Deshalb wäre die Fraktion sogar bereit dazu, die Motion heute noch zu beraten. Die rechtlichen Grundlagen lassen dies aber nicht zu. Er bittet um die Unterstützung der Dringlichkeit.

**Gemeinderat Peter Siegenthaler** führt aus, dass der Gemeinderat mit der Dringlichkeit einverstanden ist.

### Stadtratsbeschluss

Die Dringlichkeit wird einstimmig beschlossen.

### Eingänge

- Motion Auszahlung von CHF 150'000.- an das Vorprojekt „Schwimmhalle Heimberg“ jetzt! SVP-Fraktion vom 14. November 2019
- Postulat betreffend Ausarbeitung eines differenzierten Banderolenkonzepts für das Gebiet der Stadt Thun; glp/BDP-Fraktion vom 16. November 2019
- Interpellation betreffend die Mobilitätsapéros der Stadt Thun; SVP-Fraktion vom 14. November 2019

### Mitteilungen

**Der Stadtratspräsident** teilt mit, dass es eventuell eine zusätzliche Stadtratssitzung geben wird nächstes Jahr. In Absprache mit der 1. Vizepräsidentin soll dafür der 6. Februar 2020, ab 17.15 Uhr, provisorisch reserviert werden.

Der Stadtratspräsident

Reto Schertenleib

Der Stadtratssekretär

Christoph Stalder